

**Landtag
Nordrhein-Westfalen**



**Plenarprotokoll
14/146**

14. Wahlperiode

11.03.2010

146. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 11. März 2010

1 Elternrechte respektieren – Bekenntnisgrundschulen auch zukünftig als Bestandteil eines vielfältigen nordrhein-westfälischen Schulsystems erhalten

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10782

Die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP haben mit Schreiben vom 8. März 2010 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu dem genannten aktuellen Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Frank Sichau (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe eher den Eindruck – das zeigen die bisherigen Reden –, dass Sie von Ihrer schlechten Politik ablenken

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und ein neues Feld politischer Auseinandersetzung aufmachen wollen. Ich kann das – das wird sich im Laufe der weiteren Diskussion noch ergeben, Herr Kaiser – auch schon an ein paar Stichworten festmachen.

Sie reden vom Elternwillen, aber dann, wenn es um den Übergang in das Sekundarschulwesen geht, spielt der keine Rolle.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

– Da können Sie ruhig abwinken, so ist es. – Sie reden von Gleichmacherei. Kennen Sie eigentlich den Schulartikel der Weimarer Reichsverfassung, der durch den Reichskanzler und Düsseldorfer Oberbürgermeister Marx 1928 gekippt worden ist? Dort sollte die Idee von Wilhelm von Humboldt umgesetzt werden: Eine Schule für alle. – Das ist keine sozialistische Idee,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

das ist eine Idee des Humanismus. Wilhelm von Humboldt hat diese Schule gefordert.

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

Im weiteren Verlauf kommen wir auch noch zu anderen Punkten.

(Weitere Zurufe von der CDU)

– Nehmen Sie doch gleich mal dazu Stellung! Beweisen Sie mir das doch mal! Ich sage Ihnen, das ist so, und einer Ihrer Münsteraner Kollegen hat darüber eine Vorlesung gehalten. Aber die weitere Diskussion wird es ergeben.

Zu den Bekenntnisschulen – das ist der Nukleus –: Dieser Bereich ist seit 1968 geregelt, und zwar mit Verfassungsrang. Sie unterstellen, dass eine Gruppe wie die Grünen dies einfach kippen kann. Das glauben Sie doch wohl selber nicht.

(Heiterkeit von den GRÜNEN – Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich nenne nur Art. 12.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie sind besorgt um Ihre Umfragewerte!)

Für uns kann ich sagen: Wir haben keine Änderungsabsichten und sehen auch keine. Sie bauen – das habe ich eingangs schon gesagt – einen Pappkameraden auf, nichts anderes.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Jetzt positiv zu den Bekenntnisschulen: Wir erkennen die Arbeit der Bekenntnisschulen einschließlich des Religionsunterrichts an.

(Sören Link [SPD]: Immer auf die Omme!)

Wir sehen, dass auch mitteleuropäische Migranten zur Schulgemeinde gehören. Wir schätzen die Ergebnisse der engagierten pädagogischen Arbeit dort, machen aber auch darauf aufmerksam, dass die Gemeinschaftsgrundschule offensichtlich der Regelfall ist. Dabei brauche ich gar nicht an die Diskussion im Rat der Stadt Rheine von 1968 zu erinnern.

(Heiterkeit von der CDU)

Schauen Sie sich die Schullandschaft in Rheine mit Gemeinschafts- und Bekenntnisschulen an.

(Ralf Witzel [FDP]: Schwelgen Sie nicht immer in der Alt-68er-Nostalgie!)

– Ja, 1968 war bekanntlich die Umstellung, Herr Witzel. Sie sind vielleicht etwas jünger. Beides ist in Ordnung.

Vorhandene Probleme verschweigen wir allerdings nicht. Es gibt das allgemeine Schulleitungsproblem, Frau Sommer. Es muss etwas getan werden, damit die Schulleitung an Grundschulen – nicht nur an Bekenntnisgrundschulen – wieder attraktiver wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es gibt natürlich auch ein spezielles Bekenntnisschulleiterproblem; das muss man schlichtweg sehen. Dies führt in der Fläche – das kann man nachweisen – zu Umwandlungsanträgen nicht der Grünen, sondern der Eltern, weil sie endlich eine Schulleitung haben wollen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Man kann nur ganz deutlich sagen: Hier sind die Bistümer gefragt. Ich gestatte mir einen Hinweis auf die ansonsten gute Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen: Vielleicht kann man das auch für Schulleitungen an katholischen Bekenntnisschulen fruchtbar machen.

Wir gehen davon aus – das ist ein anderes Problem –, dass Art. 13 der Landesverfassung – wenn der Weg ansonsten unzumutbar ist – im Ergebnis keine Probleme macht, auch wenn wir von solchen wissen. Die Ergebnisse waren bisher zufriedenstellend.

Es gibt den Wunsch nach einer gewissen Öffnung – Frau Pieper-von Heiden hat das vorhin mit den Populationen an den Bekenntnisgrundschulen dargestellt und einen Durchschnittswert genannt –, dem aber nicht breit in der Fläche entsprochen wird. In einem gewissen Rahmen gibt es hier noch Handlungsbedarf. Den Wunsch sehen wir auf jeden Fall positiv.

Ich spreche kurz zwei weitere Aspekte an: Die verfassungsmäßige Gliederung der Volksschule als Grund- und Hauptschule – wir sprechen von der Gemeinschafts- und der Bekenntnisgrundschule – hat allerdings das Problem, dass es im Bereich der Gemeinschaftsgrundschulen zuweilen einen hohen Migrationsanteil aus der europäischen Peripherie gibt. In diesem Zusammenhang – das ist für uns ausgesprochen wichtig – sind sprachfördernde sowie psychosoziale Angebote, die unterrichtsergänzend wirken, ausnehmend wichtig.

Ich will noch etwas zum hohen Migrationsanteil sagen – dabei komme ich auf eine Rede von Herrn Witzel gestern in diesem Hause zurück –: Er ist zum Teil deshalb sehr hoch, weil die Schulbezirksgrenzen von Ihnen aufgehoben worden sind – das muss man ganz deutlich sagen –;

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

denn die mobile angestammte Bevölkerung geht häufig, Beispiel: Herne-Horsthausen. Das können Sie verifizieren, Herr Witzel. Die Migrationsbevölkerung bleibt häufig.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Spalten statt versöhnen!)

– Das kann man so sagen. Ich will es etwas anders formulieren: Die These des neoliberalen Kollegen – ich habe Sie gerade angesprochen, Herr Witzel – von der sogenannten integrativen Wirkung der Auflösung der Grundschulbezirke wird durch die Wirklichkeit falsifiziert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das, was Sie gesagt haben, ist ein Witz. Das sind 95 % Ideologie, was Sie anderen immer gerne vorwerfen nach dem Motto: Den Balken im eigenen Auge sehe ich nicht, aber den Splitter bei den anderen schon. Das ist Ideologie pur.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es bleibt also dabei: Es gibt auch für uns eine Zukunft der Bekenntnisgrundschulen. Sie sind ein anerkannter Teil der Schullandschaft in NRW. Zumindest der in Teilen von Schwarz-Gelb – ich sage ganz bewusst: in Teilen – gesehene Kulturkampf findet nicht statt, allenfalls in manchen Köpfen. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Sichau. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Beer.